

Der WSWS-Journalist Patrick Martin kommentiert Barack Obamas letzten Bericht zur Lage der Nation.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 011/16 – 25.01.16

Obamas letzter Bericht zur Lage der Nation: Lügen, Ausflüchte und Drohungen

Von Patrick Martin

World Socialist Web Site, 13.01.16

(<http://www.wsws.org/en/articles/2016/01/13/sotu-j13.html>)

Die letzte Rede zur Lage der Nation, die Präsident Barack Obama am 12.01.16 gehalten hat (und die in deutscher Übersetzung nachzulesen ist unter (s. <http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2016/01/12/sotu-2016/>), war eine Demonstration der Unfähigkeit des politischen Systems der USA, sich auch nur mit einem einzigen sozialen Problem ehrlich und ernsthaft auseinanderzusetzen.

Obama verlor kein Wort über die Probleme, mit denen sich mehrere zehn Millionen abhängig Beschäftigte in den USA Tag für Tag herumschlagen müssen. Er zeichnete ein geradezu groteskes Bild des Wirtschaftsaufschwungs und des sozialen Fortschritts (in den USA, die so nicht stattgefunden haben); seinen jeden durchschnittlich intelligenten Fernsehzuschauer beleidigenden Ausführungen hat natürlich keiner der im Repräsentantenhaus versammelten Politiker-Millionäre widersprochen.

Bei der Aufzählung der Belege für den in seiner bisherigen Amtszeit zu verzeichnenden "wirtschaftlichen Fortschritt" nannte er an erster Stelle "die Erholung nach der schwersten Wirtschaftskrise seit Generationen". "Erholt" haben sich aber nur die Konzernprofite, die Aktienkurse und die Vermögenszuwächse der Reichen und Superreichen. Für die arbeitende Bevölkerung waren die letzten sieben Jahre ein Desaster.

Die meisten für die US-Bevölkerung wichtigen Sozialindikatoren zeigen im Januar 2016 schlechtere Werte als bei Obamas Amtsantritt vor sieben Jahren an: Die Reallöhne sind gesunken, die Sozialleistungen haben sich verschlechtert, die Pensionskassen wurden geplündert und früher reiche Städte wie Detroit und San Bernardino gingen bankrott.

Aus einer Zusammenstellung der National Association of Counties (ein County ist ein mit einem deutschen Landkreis vergleichbarer US-Verwaltungsbezirk, s. https://en.wikipedia.org/wiki/National_Association_of_Counties), der kurz vor Obamas Bericht zur Lage der Nation veröffentlicht wurde, geht hervor, dass 93 Prozent der 3.069 Counties in den USA heute schlechter dastehen, als vor der Finanzkrise im Jahr 2008 – und zwar in mindestens einem der folgenden vier Bereiche: Gesamtzahl der Beschäftigten, Arbeitslosenquote, Wirtschaftskraft und Wert der Immobilien.

In 27 US-Bundesstaaten hat sich kein einziges County wieder vollständig von den Folgen der Finanzkrise erholt; das gilt auch für wirtschaftlich starke Staaten wie Florida, Georgia, Illinois, Massachusetts, Missouri, New Jersey, New York und Pennsylvania.

Trotzdem malte Obama die Wirtschaftsentwicklung in den leuchtendsten Farben. Er erklärte: "Die Vereinigten Staaten von Amerika haben momentan die stärkste und widerstandsfähigste Wirtschaft der Welt," und prahlte: "Wir erleben gerade die längste Phase

ununterbrochener Arbeitsplatzschaffung durch den Privatsektor in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Mehr als 14 Millionen neue Arbeitsplätze, die beiden stärksten Jahre in punkto Stellenzuwachs seit den Neunzigerjahren und eine halbierte Arbeitslosenquote."

Der Präsident gab nicht zu, dass die "wirtschaftliche Erholung" nach dem Krisenjahr 2008 die bisher schwächste nach einem Konjunkturerinbruch ist, dass die übergroße Mehrheit der neu geschaffenen Arbeitsplätze Niedriglohn- und Teilzeitstellen sind und dass die Arbeitslosenquote nur deshalb gesunken ist, weil Millionen von Langzeitarbeitslosen, die jede Hoffnung auf einen neuen Job aufgegeben haben, nicht mehr mitgezählt werden.

Er pries auch den Erfolg der Automobilindustrie, die "gerade das beste Jahr ihrer Geschichte hinter sich" habe. Das zeigt, wie blind nicht nur Obama selbst, sondern das gesamte politische Establishment ist. Es war allenfalls "das beste Jahr" für die Konzerne General Motors, Ford und Fiat-Chrysler, die Rekordprofite eingefahren haben, aber nicht für die Automobilarbeiter, die deren Autos bauen.

Die Reallöhne der Automobilarbeiter sind stark gesunken, seit die Obama-Regierung zur Abwendung des Bankrotts der Automobilindustrie im Jahr 2009 die Löhne für alle Neueingestellten um 50 Prozent gekappt hat. Die Unzufriedenheit der Arbeiter zeigte sich darin, dass sie Ende 2015 mit Chrysler und dem Zulieferer Nexteer ausgehandelte Tarifverträge ablehnten und streiken wollten, was Obamas Komplizen in der United Auto Workers Union (einer Gewerkschaft) verhinderten.

"Jeder, der behauptet, die amerikanische Wirtschaft befinde sich im Abschwung, kolportiert erfundene Geschichten," erklärte Obama. Dabei hat sich die soziale Lage der Arbeiterklasse in den USA dramatisch verschlechtert – durch das Paktieren gekaufter Gewerkschaftsbosse mit den Konzernchefs und beiden kapitalistischen Parteien – den Republikanern und den Demokraten.

Der Präsident hat sogar zugegeben, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in den USA gewachsen ist, aber die Globalisierung und die Automation dafür verantwortlich gemacht – als hätten seine Wirtschaftspolitik, die Rettung der Wall Street und die Kürzung der Sozialausgaben und der Löhne nichts damit zu tun.

In den sieben Jahren seit Beginn der Finanzkrise, die auch Obama "der Skrupellosigkeit der Wall Street" anlastet, wurde kein einziger Banker oder Spekulant angeklagt oder eingesperrt. Die Milliardäre konnten ihren Reichtum sogar noch vermehren, weil sie 95 Prozent des Geldvermögens einsackten, das erwirtschaftet wurde, seit Obama Präsident ist.

Obama listete auch noch andere "Erfolge" seiner Präsidentschaft auf: "Wir haben unser Gesundheitssystem reformiert, und unsere Energieversorgung umgestaltet, ... wir haben den Sold unserer Soldaten erhöht und die Versorgung unserer Veteranen verbessert." So beschönigte er seine sozialen Untaten: den als Obamacare bekannten reaktionären Angriff auf die Krankenversicherung der Arbeiter und ihrer Familien, die Schließung von Kraftwerken in der Appalachen und in anderen energieerzeugenden Regionen und die schäbige Behandlung von an Körper und Geist verwundeten Ex-Soldaten durch die Veterans Administration (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsveteranenministerium_der_Vereinigten_Staaten).

Obama versuchte auch die Kritik der Republikaner an der Außenpolitik seiner Regierung zu widerlegen, die "im Kampf gegen den Terrorismus" eine militärische Eskalation im Mittleren Osten fordern und die US-Bürgerrechte noch weiter einschränken wollen.

Er gab zwar vor, die Rolle der USA als Weltpolizei zurückfahren zu wollen, um gleich dar-

auf zu tönen: "Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das mächtigste Land der Welt. Basta! Und zwar mit Abstand. Wir geben mehr für unser Militär aus, als die nächsten acht Länder zusammen."

Er fuhr fort: "Unsere Streitkräfte sind die besten, die es auf der Welt je gab," und bekam dafür den donnernden überparteilichen Applaus, den es immer gibt, wenn in einer Rede im Ausland kämpfende US-Truppen erwähnt werden.

Obama verherrlichte auch wieder einmal das Töten, was im politischen Diskurs in den USA inzwischen zum Ritual geworden ist. Zum US-Krieg gegen die IS-Terroristen im Irak und Syrien äußerte er: "Mit unseren – inzwischen beinahe 10.000 – Luftschlägen werden wir ihre Führungsebene ausschalten und ihre Ölquellen, Ausbildungslager und Waffen zerstören."

Er forderte den Kongress auf, den Einsatz militärischer Gewalt (in Form von Bodentruppen?) gegen den ISIS zu autorisieren, sonst werde er das eben ohne dessen Zustimmung anordnen. "Die IS-Terrormiliz wird mit oder ohne Maßnahmen des Kongresses dieselben Lektionen lernen, wie andere Terroristen vor ihr auch. Wenn Sie an der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten oder auch an meiner Entschlossenheit, Gerechtigkeit walten zu lassen, zweifeln, dann fragen Sie einfach Osama bin Laden. Fragen Sie den Anführer von Al-Qaida im Jemen, der im vergangenen Jahr ausgeschaltet wurde ... "

Dann erklärte er mit deutlichen Worten, die auf der ganzen Welt verstanden wurden, wenn es zum Krieg gegen potenzielle Gegner komme, sei "die Reichweite (der US-Waffen) grenzenlos."

Obama beendete seine Rede mit dem Appell an seine republikanischen Gegner, mit seiner Regierung zusammenzuarbeiten und die gegen Einwanderer und Muslime gerichtete Rhetorik einzustellen.

Auf Äußerungen Donald Trumps anspielend, sagte er: "Wir müssen jegliche Politik, die Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder Religion beurteilt, ablehnen. Ich möchte Folgendes sagen: Hier geht es nicht um politische Korrektheit. Hier geht es darum, zu begreifen, was uns stark macht."

Obama lehnt Rassismus und Fanatismus also nicht grundsätzlich ab, er verurteilt solche Äußerungen nur, weil sie schädlich für die Aufrechterhaltung der dominierenden Rolle des US-Imperialismus sein könnten. Er sagte: "Wenn Politiker Muslime beleidigen, ... wird es schwerer, unsere Ziele zu erreichen."

(Wir haben den Kommentar komplett übersetzt und Ergänzungen und Links in Klammern hinzugefügt. Die Zitate aus Obamas "Bericht zur Lage der Nation" wurden, wenn das möglich war, aus der eingangs verlinkten offiziellen Übersetzung des Amerika Dienstes übernommen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

Obama's final State of the Union: Lies, evasions and threats

By Patrick Martin, 13 January 2016

The final State of the Union speech delivered Tuesday night by President Barack Obama

was a demonstration of the incapacity of the American political system to deal honestly or seriously with a single social question.

Obama evaded the real issues that affect tens of millions of working people in America every day of their lives. He painted a ludicrous picture of economic recovery and social progress that insulted the intelligence of his television audience—and went unchallenged by the millionaire politicians assembled in the chamber of the House of Representatives.

Summing up what he called “the progress of these past seven years,” Obama gave first place to “how we recovered from the worst economic crisis in generations.” The so-called “recovery” has been a bonanza for corporate profits, stock prices, and the wealth and income of the super-rich. For the working people who are the vast majority of the population, it has been a disaster.

By most social indices, the American people are worse off in January 2016 than when Obama took office seven years ago. The real wages of working people have fallen, social services have deteriorated, pension benefits have been gutted, and cities such as Detroit and San Bernardino have been forced into bankruptcy.

According to a report by the National Association of Counties issued on the eve of the State of the Union address, of the 3,069 counties in the United States, 93 percent are worse off than before the 2008 financial crash according to at least one of four economic indicators: total employment, the unemployment rate, the size of the economy and home values.

In 27 states, not a single county has recovered fully from the 2008 crash and the deep economic slump that followed. These include such major states as Florida, Georgia, Illinois, Massachusetts, Missouri, New Jersey, New York and Pennsylvania.

Obama, however, painted a picture of nearly unblemished economic advance, declaring, “The United States of America, right now, has the strongest, most durable economy in the world.” He boasted, “We’re in the middle of the longest streak of private-sector job creation in history. More than 14 million new jobs; the strongest two years of job growth since the ‘90s; an unemployment rate cut in half.”

The president did not acknowledge that the post-2008 “recovery” is the weakest on record, that the vast majority of the new jobs created have been low-wage and many of them part-time, or that the drop in the unemployment rate is primarily due to the withdrawal of millions of people from the work force because they lost all hope of getting a decent-paying job.

He went on, tellingly, to cite the auto industry as a symbol of success, declaring that it “just had its best year ever.” This perfectly expresses the utter blindness, not just of Obama, but of the entire political establishment. The “best year ever” was for General Motors, Ford and Fiat-Chrysler, which enjoyed record profits, not for the auto workers who produced those profits.

Real wages for auto workers have dropped sharply since the Obama White House forced through a 50 percent cut in wages for all new hires as part of the bankruptcy reorganization of the industry in 2009. Mass discontent among auto workers was expressed at the end of 2015 in the rejection of contracts at Fiat-Chrysler and Nexteer, a major supplier, and in widespread demands for strike action, smothered by Obama’s stooges in the United Auto Workers union.

“Anyone claiming that America’s economy is in decline is peddling fiction,” Obama concluded. The social position of the American working class has, in fact, suffered a dramatic decline, through the combined efforts of the corporate bosses, the unions and the two capitalist parties, the Democrats and Republicans.

The president conceded that economic inequality has grown in the United States, but he described it as the outcome of long-term trends such as globalization and automation, as though the policies of his administration—bailouts for Wall Street, budget cuts and wage cuts for workers—had nothing to do with it.

In the seven years since the financial crash, brought on, as he admitted, by “recklessness on Wall Street,” not a single banker or speculator has been prosecuted or jailed. On the contrary, the billionaires have greatly increased their wealth, gobbling up 95 percent of all new income since Obama entered the White House.

Obama listed a few other policy “successes,” claiming that “we reformed our health care system, and reinvented our energy sector... we delivered more care and benefits to our troops and veterans.” He was referring, however, to a series of social disasters: the reactionary attack on health benefits for workers and their families known as Obamacare; the devastation of Appalachia and other energy-producing regions; and the abuse of ex-soldiers, wounded in body and mind, by the Veterans Administration.

Obama sought to defend the foreign policy record of his administration from criticism, mainly from the Republican right, where demands are being raised for military escalation in the Middle East and stepped-up attacks on democratic rights at home in the name of fighting “terrorism.”

While he claimed to reject an American role as the world’s policeman, he nonetheless boasted, “The United States of America is the most powerful nation on Earth. Period. It’s not even close. We spend more on our military than the next eight nations combined.”

He continued, “Our troops are the finest fighting force in the history of the world,” winning the bipartisan standing ovation that always accompanies any mention of American soldiers engaged in combat overseas.

Obama indulged in the glorification of killing that has become an essential part of the degraded spectacle that passes for political discourse in America. Describing the US war against the Islamic State in Iraq and Syria, he claimed, “With nearly 10,000 air strikes, we are taking out their leadership, their oil, their training camps, and their weapons.”

He called on Congress to pass an Authorization for the Use of Military Force against ISIS, but vowed to wage war with or without legislative approval. The leaders of ISIS, he proclaimed, “will learn the same lessons as terrorists before them. If you doubt America’s commitment—or mine—to see that justice is done, ask Osama bin Laden. Ask the leader of al Qaeda in Yemen, who was taken out last year...”

Then he declared, in language that will be noted by nations all over the world, that when it comes to waging war against potential adversaries, “our reach has no limit.”

Obama concluded his speech with an appeal to his Republican opponents to work with his administration and pull back from the extreme anti-immigrant and anti-Muslim rhetoric that has characterized the contest for the Republican presidential nomination.

In a clear reference to Donald Trump, he argued that “we need to reject any politics that targets people because of race or religion. This is not a matter of political correctness, but understanding what makes us strong.”

Obama was making an argument, not so much that racism and bigotry are intrinsically wrong, but that they make it more difficult for American imperialism to maintain its dominant world role. “When a politician insults Muslims,” he said, “it makes it harder to achieve our goals.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern